

**Titel** Jede\*r hat das Recht auf Arbeit! Jobgarantie statt BGE!

**AntragstellerInnen** Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Jede\*r hat das Recht auf Arbeit! Jobgarantie statt BGE!

1 Und wo soll es für dich beruflich mal hingehen? – keine Frage bewegt das Erwachsenwerden so sehr wie diese. Und  
2 wenn wir uns beim ersten Treffen unserem Date vorstellen, fällt der Beruf meist gleich hinter dem Vornamen. Wer wir  
3 sind oder wer wir sein wollen – dafür ist sie zentral: Die Arbeit, der wir nachgehen. Die meisten Menschen in unserem  
4 Land sind auf sie angewiesen, um sich und ihrer Familie ein gutes Leben zu ermöglichen, können nicht von fünf Miets-  
5 häusern in der Metropole oder dem geerbten Aktienfond oder Unternehmen leben. Ein sicherer, gut bezahlter Job  
6 ist Grundlage für alle von uns für eine gute, eine bessere Zukunft. Gerade vielen jungen Menschen ist es dabei nicht  
7 nur wichtig auch Zeit für Familie und Ehrenamt zu haben, sondern vor allem einer sinnvollen Tätigkeit nachzugehen.  
8 Ein gut bezahlter, unbefristeter Job ist heute insbesondere für junge Menschen aber keine Selbstverständlichkeit.  
9 Auch in der Coronakrise steigen die Immobilienpreise fleißig weiter, wird damit ein trauriger Trend der letzten Jahre  
10 und Jahrzehnte fortgesetzt: Es profitieren vor allem diejenigen, die Vermögen und Immobilien besitzen, aber nicht  
11 diejenigen, die jeden Tag ihrer Arbeit nachgehen. Deutschland führt weiterhin die Liste der Niedriglohn-Länder mit  
12 an, ein Viertel der Beschäftigungsverhältnisse sind prekär und 45% der Neueinstellungen befristet. Tendenz steigend.  
13 Die Digitalisierung erhöht den Druck weiter und die Mutmaßungen welcher Job ihr als nächstes zum Opfer fällt, sind  
14 in vollem Gange. Damit setzt sich ein Gedanke bei vielen Menschen fest: Werde ich gut genug sein, um mitzuhal-  
15 ten? Schaffe ich es einen sicheren Job zu ergattern? Wir meinen: Keine Frage, keine Sichtweise könnte falscher sein!  
16 Sie ist Ausdruck eines in tiefste Ebenen vorgedrungenen kapitalistischen Selbstausbeutungsmechanismus, der die  
17 gerechte Verteilung von Arbeit zugunsten der Profitsteigerung Einzelner zum individuellen Problem erklärt. Arbeits-  
18 losigkeit wird damit gleichgesetzt, dass man sich nur nicht genug angestrengt habe, dass man nicht genug geleistet  
19 habe. Dabei ist die gerechte Verteilung von Arbeit fundamentale Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Es darf nicht  
20 länger in die kapitalistische Verwertungslogik eingepreist sein, dass Menschen von einer gemeinsamen Wertschöp-  
21 fung und identitätsstiftenden Tätigkeit ausgeschlossen werden, damit sie gleichsam als „Reserve“ und Drohkulisse  
22 für alle Erwerbstätigen der Profitsteigerung dienen. Eine bessere Zukunft für alle kann es nur geben, wenn wir end-  
23 lich dazu kommen Arbeit gerecht zu verteilen, den Niedriglohnsektor ein für alle Mal auszutrocknen und prekäre  
24 Beschäftigung verhindern. Jeder Mensch hat das Recht darauf einer sinnvollen und guten Arbeit nachzugehen. Hier  
25 ist insbesondere das Bedingungslose Grundeinkommen eine fehlgeleitete, oftmals auch neoliberale Idee, die Men-  
26 schen in letzter Konsequenz abspricht jederzeit selbstbestimmt und eigenverantwortlich einer sinnstiftenden Arbeit  
27 nachgehen zu können. Eine bessere Zukunft ist für uns alle möglich, wenn wir mit der Einführung einer Jobgarantie  
28 endlich jedem und jeder ermöglichen einer Arbeit nachzugehen, damit Arbeit gerecht verteilen und gemeinsames  
29 Schaffen finanzieren, statt Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit.

30

### 31 **Strukturelle Schwäche des deutschen Arbeitsmarktes: Kann es überhaupt Arbeit für Alle geben?**

32 Seit dem Ende der Finanzkrise und bis zum Beginn der “Corona“-Krise erlebte die deutsche Wirtschaft einen beispiel-  
33 los langen Aufschwung. Trotz am BIP gemessenen guten Jahren und einer hervorragenden Entwicklung im europäi-  
34 schen Vergleich gelang es – abgesehen von einigen wenigen Regionen – nicht, Vollbeschäftigung herzustellen. Eine  
35 Sockelarbeitslosigkeit von 5% der Beschäftigten fand auch in dieser historisch langen Zeit des Aufschwungs keine

36 Beschäftigung. Dabei geben die reinen Arbeitslosenzahlen nur einen Teil der Realität wieder. Mit 3,2 Millionen Unter-  
37 beschäftigten in 2019 nach Statistiken der Arbeitsagentur, und 16-23% prekär Beschäftigten blieb die Lage auf dem  
38 deutschen Arbeitsmarkt deutlich hinter den Erwartungen, die man angesichts der guten Entwicklung der deutschen  
39 Wirtschaft über Jahre erwarten durfte, zurück.

40 Auch wenn in Deutschland Jugendarbeitslosigkeit kein so stark verbreitetes Phänomen ist, wie in anderen Ländern,  
41 sind junge Menschen besonders häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen anzutreffen, sind betroffen von un-  
42 gewollter Leiharbeit oder befristeten Arbeitsverhältnissen. Damit leidet insbesondere unsere Generation unter der  
43 Unfähigkeit des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, Vollbeschäftigung herzustellen. Dass eine gute wirtschaftliche  
44 Entwicklung nicht automatisch zu Vollbeschäftigung führt, lässt sich auch daran erkennen, dass zusätzliches Arbeits-  
45 volumen durch Überstunden anstatt durch zusätzliche neue Arbeitsplätze bewältigt wird. So hat sich der Trend mit ei-  
46 ner hohen Überstundenzahl auch im Jahr 2019 mit insgesamt 1,9 Milliarden Überstunden (rund die Hälfte unbezahlt)  
47 fortgesetzt. Unter dem Vorwand scheinwissenschaftlicher Zusammenhänge wie der "Philipps-Kurve" wird eine hohe  
48 Sockelarbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung von der neoliberalen Wirtschaftslogik als Erfordernis hingenommen,  
49 um niedrige Inflation zu garantieren. Defacto wirkt diese Arbeitslosigkeit, die "Reservearmee" der Arbeitslosen in vie-  
50 len Sektoren lohndrückend. Das proklamierte Gegenmittel der Neoliberalen, nämlich weitere "Flexibilisierung" der  
51 Arbeitsverhältnisse, drängt das sogenannte Normalarbeitsverhältnis in vielen Bereichen weiter zurück. Dieses ver-  
52 meintliche Gegenmittel verstärkt damit die problematische Situation auf dem Arbeitsmarkt, anstatt mehr Menschen  
53 in gute Beschäftigungsverhältnisse zu bringen.

54 Zudem verschärft der hohe Anteil prekärer Beschäftigung am deutschen Arbeitsmarkt durch ein künstliches Sen-  
55 ken des Lohnkostenniveaus, durch eine damit einhergehende Schwächung der Binnennachfrage und enormen Leis-  
56 tungsbilanzüberschüssen, die Arbeitsmarktkrisen in anderen europäischen Ländern. Damit exportiert Deutschland  
57 praktisch Arbeitslosigkeit insbesondere in südliche Länder der Europäischen Union und ist mitverantwortlich für die  
58 dortige seit Jahren andauernde Krise mit hoher Arbeitslosigkeit und massiver Jugendarbeitslosigkeit.

59 Vor dem Hintergrund steigenden Produktivitätswachstum, insbesondere durch Digitalisierung, wird vielfach vor ei-  
60 ner sich perspektivisch verschärfenden Situation auf dem Arbeitsmarkt gewarnt und teilweise das "Ende der Arbeit"  
61 proklamiert und damit die Angst vor zukünftiger Arbeitslosigkeit und die Bereitschaft der Arbeitnehmer\*innen, sich  
62 immer mehr dem Lohndruck zu beugen und schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, erhöht.

63 Die fortschreitende Klimakrise, die eine massive ökologische Transformation der Wirtschaft notwendig macht, ver-  
64 unsichert viele Beschäftigte, deren Jobs von dieser Transformation betroffen sein werden.

65 Die Coronakrise hat zudem gezeigt, wie anfällig der Arbeitsmarkt gegenüber externen Schocks ist. Zwar ist es mit  
66 dem Mittel der Kurzarbeit für nicht prekäre Beschäftigungsverhältnisse effektiv gelungen, Massenarbeitslosigkeit,  
67 wie sie teilweise in anderen Ländern aufgetreten ist, zu verhindern, dennoch kann auch das Instrument des Kurz-  
68 arbeiter\*innengeldes nicht verhindern, dass in Kurzarbeit befindliche Menschen und die von diesen Einkommen  
69 abhängige Familien, mit massiven Reallohnbrüchen in der Zeit der Krise zu kämpfen hatten und haben.

70

## 71 **Falsche Freunde**

72 Vor dem Hintergrund dieser seit Jahren unbefriedigenden Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt gewinnen zu-  
73 nehmend Ideen an Zulauf, die scheinbar individuellen Wohlstand unabhängig von Beschäftigung herstellen wollen.  
74 Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens gewinnt auch innerhalb der gesellschaftlichen Linken Anhän-  
75 ger\*innen. Selbst wenn ein bedingungsloses Grundeinkommen – was häufig genug der Fall ist – nicht lediglich ein  
76 Versuch ist, über die Hintertür Sozialleistungen abzubauen und das System der Bedarfsgerechtigkeit in der sozia-  
77 len Fürsorge aufzubrechen, ist es unvereinbar mit der Grundannahme, dass Beschäftigung zentrales Instrument für  
78 gesellschaftliche Teilhabe ist, sofern sie unter selbstbestimmten Voraussetzungen stattfindet.

79 Für uns steht die Erwerbsarbeit im Zentrum unseres Gesellschaftsbildes und auch wenn wir anerkennen, dass Men-  
80 schen Identifikation auch aus vielen anderen Lebensbereichen ziehen, bleibt unfreiwillige Arbeitslosigkeit auch dann  
81 ein Problem, wenn Menschen mit einer bedingungslosen Sozialleistung darüber hinweggetröstet werden.

82 Unzählige Studien belegen, dass eine erfüllende Beschäftigung unter guten Arbeitsbedingungen und bestenfalls einer  
83 gut ausgebauten betrieblichen Mitbestimmung, zentraler Bestandteil eines glücklichen Lebens ist.

84 Angesichts der erheblichen Herausforderungen, denen sich unsere Gesellschaft gegenwärtig gegenüber sieht, wie  
85 der, die marode Infrastruktur auszubessern, die vielfach vernachlässigten Aufgaben im sozialen Bereich auszufüllen  
86 und die Jahrhundertaufgabe der klimaneutralen Transformation unserer Industrie zu bewältigen, kann es gesamtge-  
87 sellschaftlich nicht wünschenswert sein, einen Zustand anzustreben, in dem wir uns mit einer bestehenden hohen  
88 Arbeitslosigkeit abfinden und damit Potenzial verschenken, das wir dringend für die vor uns liegenden Zukunftsauf-  
89 gaben benötigen.

90 Eine hohe Beschäftigung zu einem hohen Lohnniveau kann zudem effektives Mittel einer gerechteren Primärvertei-  
91 lung sein, die zentraler Ansatzpunkt sein kann, der sich seit Jahren weitenden Kluft zwischen Arm und Reich entge-  
92 genzuwirken.

93 Daraus ergibt sich für uns, dass die Verwirklichung des **Rechts auf Arbeit**, weiterhin im Zentrum unserer Bemühun-  
94 gen steht und wir es als staatliche Aufgabe sehen, Rahmenbedingungen zu gewährleisten unter denen jede\*r eine  
95 Beschäftigung ergreifen kann, die den individuellen Interessen und Neigungen entspricht und Wohlstand garantiert.

96 Wenn aber ein Recht auf Arbeit vorausgesetzt wird, dann verträgt sich dieses nicht mit der Vorstellung eines bedin-  
97 gungslosen Grundeinkommens. Denn in diesem Moment verkommt dieses zu nichts mehr als einer gießkannenarti-  
98 gen Zahlung, die blind für die individuellen Bedürfnisse derer ist, die sie empfangen. Wer ein bedingungsloses Grund-  
99 einkommen proklamiert, um das gesellschaftliche Problem der fortbestehenden unfreiwilligen Arbeitslosigkeit bzw.  
100 Unterbeschäftigung zu lösen, der ignoriert, dass das aktuelle Wirtschaftssystem, sowie die politischen Entscheidun-  
101 gen, die Voraussetzung für dieses gesellschaftliche Problem erst geschaffen haben. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist  
102 kein Naturgesetz. Das BGE zementiert gesellschaftliche Ungleichheit und soziale Probleme viel eher, als dass es sie  
103 löst.

104

#### 105 **Recht auf Arbeit konkret machen**

106 Die Herausforderung sozialistischer Arbeits- und Wirtschaftspolitik ist es jedoch, das Recht auf Arbeit derart auszu-  
107 füllen, dass es mehr ist als das Recht auf freie Berufswahl. Es soll einen tatsächlichen Anspruch des Individuums an  
108 die Gesellschaft darstellen, wonach es jederzeit die Möglichkeit hat, eine Beschäftigung zu ergreifen, wenn es dies  
109 möchte.

110 **Vollbeschäftigung** muss Ziel sozialdemokratischer Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik sein.

111 Unter den Voraussetzungen eines kapitalistischen Arbeitsmarktes kann dies nicht gelingen. Die Überzeugung, ein  
112 kapitalistischer, nach der Marktlogik organisierter Arbeitsmarkt könnte Vollbeschäftigung herstellen, ist ein seit den  
113 80ern widerlegter Irrglaube. Gewinnerorientierte Unternehmen werden immer nur so viele Beschäftigte einstellen,  
114 dass der einzelne Beschäftigte maximal produktiv eingesetzt wird. Die Zurückhaltung des Staates nicht nur auf dem  
115 Arbeitsmarkt, sondern insgesamt die zurückhaltende Ausgaben- bzw. Investitionspolitik des Staates schafft die Vor-  
116 aussetzungen für ein gesellschaftliches System, in dem sich unfreiwillige Arbeitslosigkeit verfestigt.

117 Es bedarf des Eingreifens eines starken, sozialen Staates und des politischen Willens, das Recht auf Arbeit derart  
118 auszufüllen, dass es mehr ist, als die vage Formulierung eines politischen Fernziels.

119 Ein Mittel, dieses Recht auf Arbeit umzusetzen wird häufig in einer erhöhten Nachfrage des Staates gesehen, also  
120 in einer expansiven Fiskalpolitik. Diese allein ist notwendiger Bestandteil des Herbeiführens von Vollbeschäftigung  
121 kann diese aber nicht allein gewährleisten.

122 Einzelne Unternehmen werden auch bei steigender staatlicher Nachfrage niemals ihre Produktion derart erhöhen,  
123 dass Vollbeschäftigung eintritt. Stattdessen hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass auch bei gesteigerter Nachfra-  
124 ge in manchen Bereichen das Beschäftigungswachstum in diesen Segmenten hinter den Erwartungen zurückbleibt.  
125 Teilweise weil die Unternehmen keine Bereitschaft haben, das Risiko einer stärkeren Produktionsausweitung ein-  
126 zugehen, teilweise weil der Ausbau der Kapazitäten nicht ausreichend schnell mit der entsprechenden Nachfrage  
127 steigt. Ist das Angebot weniger elastisch als die Nachfrage, fließen die Mittel aus einer höheren staatlichen Nachfrage  
128 häufig in die Unternehmer\*innengewinne statt in die Hände der Beschäftigten. Derartige Effekte sind beispielswei-  
129 se im Bereich der Bauwirtschaft zu beobachten. Eine steigende staatliche Nachfrage führt hier derzeit in der Regel  
130 eher zu steigenden Preisen, statt einen Aufbau der Produktionskapazitäten und eine damit einhergehende höhere  
131 Beschäftigung in gleichen Maßen zu bewirken. Eine kapitalistische Marktwirtschaft bietet damit selbst bei steigender

132 staatlicher Nachfrage nicht die Voraussetzungen für das Herbeiführen von Vollbeschäftigung. Die erhöhte Anfälligkeit  
133 des privaten Sektors gegenüber externen Schocks in Krisensituationen ist zudem zu berücksichtigen.

134 Unfreiwillige Arbeitslosigkeit kann nur dann vermieden werden, wenn der Staat selbst dafür sorgt, dass die Nachfrage  
135 nach Arbeit dem gesellschaftlichen Angebot entspricht und nicht, wie unter kapitalistischen Voraussetzungen üblich,  
136 dahinter zurückbleibt.

137 Das Mittel um dies herzustellen, ist eine **staatliche Jobgarantie**.

138

### 139 **Die Jobgarantie**

140 Eine staatliche Jobgarantie ist die gesetzliche Manifestation eines Rechtsanspruchs jedes hier wohnenden Menschen  
141 auf eine Anstellung gegen den Staat. Im Ergebnis ist diese damit eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme, in der Um-  
142 setzung eine fiskalpolitische, die einer Gesellschaft ermöglicht, ihre gesellschaftliche Gesamtproduktion und damit  
143 einhergehend ihren Wohlstand zu maximieren. Die Jobgarantie erfüllt eine Ausgleichsfunktion. Sie ermöglicht Be-  
144 schäftigten, die keine private Beschäftigung aufgrund von schwankender privater Nachfrage auf den privaten Ar-  
145 beitsmärkten finden, von der Jobgarantie Gebrauch zu machen und in dem Moment aus diesem staatlichen Beschäf-  
146 tigungssektor wieder auszuschneiden, in dem sie eine alternative von ihnen bevorzugte Beschäftigung finden. Damit  
147 sollen Unternehmen nicht aus der Verantwortung genommen werden, langfristig stabile Beschäftigungsverhältnis-  
148 se zu schaffen. Vielmehr soll Arbeitnehmer\*innen die Unsicherheit genommen werden, in Rezessionen oder Krisen  
149 keine Beschäftigung mehr zu haben.

150 Dabei wird innerhalb dieses staatlichen Beschäftigungssektors der armutsfeste Mindestlohn in Höhe des Tariflohns  
151 oder eines armutsfesten Mindestlohns garantiert. Gegebenenfalls sind lokale Anpassungen vorzunehmen.

152

### 153 Wie ist eine Jobgarantie auszugestalten?

154 Die Beschäftigung derjenigen, die darauf Anspruch erheben, wird am besten in die Hände der Kommunen gelegt. In-  
155 sofern die Jobgarantie eine Pufferfunktion erfüllt, muss sie mit schwankenden Beschäftigungszahlen umgehen kön-  
156 nen. Die Jobs sind in Bereichen zu schaffen, in denen der private Sektor es seit Jahren verfehlt, ausreichend und gute  
157 Angebote zu schaffen. Klassischerweise sollte es sich dabei um Arbeitsstellen handeln, bei denen der Einstieg in den  
158 Job nicht zu schwerfällt.

- 159 • Lokales Umweltmanagement
- 160 • Unterstützende Beschäftigung im Sozialsektor
- 161 • Unterstützung von Vereinen und Kulturinitiativen
- 162 • Unterstützung von Familien
- 163 • Lokale Daseinsvorsorge
- 164 • Pflegeunterstützung
- 165 • Kunst und Kultur
- 166 • Bautätigkeiten (keine Großprojekte)

167 Die JG ist dabei kein Ersatz für eine gut ausfinanzierte, öffentliche Daseinsvorsorge. Jedoch kann sie genau diese  
168 Lücken füllen, die seit Jahren im Rahmen von privaten Unternehmen oder auch öffentlichen Angeboten in diesen  
169 Bereichen aus Ersparnisgründen nicht besetzt werden, die jedoch von hoher Bedeutung für ein funktionierendes  
170 Gemeinwesen sind.

171 Dabei muss den Gemeinden die Freiheit gegeben werden, das Angebot flexibel an die lokalen Bedürfnisse anzupas-  
172 sen.

173 Ein Anspruch muss dabei sowohl auf Teil- als auch auf Vollzeitbeschäftigung bestehen, um möglichst viele Lebenssi-  
174 tuationen abbilden zu können. Dazu gehört auch, dass inklusive Beschäftigungen für Menschen mit körperlich oder  
175 altersbedingten Einschränkungen angeboten werden.

176 Die Jobgarantie soll keine Alternative zu bestehenden Angeboten der Jobcenter sein. Weiterhin sollen den Arbeits-  
177 suchenden bei Bedarf Weiterbildungsmöglichkeiten vermittelt werden und unterstützende Maßnahmen angeboten  
178 werden. Auch soll die Jobgarantie nicht das Arbeitslosengeld ersetzen. Die Jobgarantie stellt aber eine Rückfallop-  
179 tion dar, auf die Arbeitssuchende jederzeit zurückgreifen können auf der Suche nach einem sinnvollen Beruf, der  
180 sinnstiftend und auskömmlich bezahlt ist.

181 Um sicherzustellen, dass weder im privaten noch im öffentlichen Bereich bestehende Jobs durch die Einführung der  
182 Jobgarantie entfallen, sollen sich die Kommunen bei dem Arbeitsministerium mit den Vorschlägen der von ihnen zu  
183 schaffenden Jobs bewerben. Dieses überprüft, ob einerseits sichergestellt ist, dass hierdurch nicht andere Beschäf-  
184 tigungen bedroht sind und andererseits keine reinen "Beschäftigungsmaßnahmen" vorliegen, sondern sinnstiftende  
185 Tätigkeiten mit einem gesellschaftlichen Mehrwert geschaffen werden. Die Finanzierung soll dabei allerdings nicht  
186 auf Projektbasis erfolgen, sondern grundsätzlich dauerhaft sein.

187

#### 188 Finanzierung der Jobgarantie

189 Zunächst gilt es die festzustellen, dass eine Jobgarantie keine klassische Sozialleistung ist, weil für die Ausgaben  
190 anders als beispielsweise für Sozialhilfeleistungen ein entsprechender Gegenwert geschaffen wird. Dies ergibt sich  
191 durch den Umstand, dass hierdurch keine sinnlosen Tätigkeiten gefördert werden, sondern Beschäftigungen, die ent-  
192 sprechenden gesellschaftlichen Mehrwert stiften. Dies ist auch ein grundlegender Unterschied zum BGE und auch  
193 zu aktuellen Sozialleistungen bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, für die kein gesellschaftlicher Gegenwert geschaffen  
194 wird.

195 Eine Finanzierung des Programms muss dabei über die Bundesebene gesichert werden. Dies erfolgt allein schon dar-  
196 aus, dass die Bundesebene durch ihre faktisch höchste geldpolitische Souveränität fiskalisch nahezu uneingeschränkt  
197 handlungsfähig ist. Eine Zuteilung der Mittel erfolgt über das Arbeitsministerium an die Kommunen.

198 Schätzungen aus den USA beziffern die Ausgaben für eine Jobgarantie auf maximal 2% des BIPs (damit lediglich so  
199 hoch wie das Ziel der NATO für Militärausgaben). Dabei muss beachtet werden, dass bei einer Übertragung auf deut-  
200 sche Verhältnisse einerseits das BIP pro Kopf geringer, andererseits wesentlich höhere Sozialleistungen bei Arbeits-  
201 losigkeit erfolgen, was die Nettokosten wiederum senken würde. Demgegenüber stehen erhebliche Wohlstandsge-  
202 winne durch ein stärkeres Wachstum und positive Gemeinwohleffekte. Es ist dementsprechend davon auszugehen,  
203 dass die Nettoausgaben erheblich geringer ausfallen, insofern ihnen starke Einnahmeeffekte gegenüberstehen.

204 Die Jobgarantie wird tendenziell antizyklisch zur Wirtschaftsentwicklung höhere Ausgaben erfordern. Dies kann ohne  
205 negative Effekte durch eine höhere Staatsverschuldung ausgeglichen werden.

206

#### 207 Ziele der Jobgarantie

208 Die Jobgarantie soll das "Recht auf Arbeit" konkret machen. Sie soll vor Existenzängsten durch unfreiwillige Arbeits-  
209 losigkeit schützen. Sie soll gesellschaftliche Teilhabe durch sinnstiftende Tätigkeiten bieten, die das Gemeinwohl zu  
210 steigern und insbesondere strukturschwachen Regionen helfen, das Gemeinwesen zu stärken. Sie soll die persönli-  
211 che Weiterentwicklung der Menschen fördern und soziale Stigmatisierung verhindern. Sie soll durch eine wirksame  
212 Definition der "bottom-line" des unteren Einkommenslevels, dieses anheben und damit eine gerechtere Primärver-  
213 teilung ermöglichen. Sie soll den Druck auf den privaten Sektor erhöhen, bessere Arbeitsbedingungen und höhere  
214 Löhne zu gewährleisten.

215 Die Jobgarantie soll in doppelter Weise das Versprechen auf eine bessere Zukunft der Sozialdemokratie einlösen.  
216 Einerseits indem sie Menschen Ängste vor unfreiwilliger Arbeitslosigkeit nimmt, andererseits indem sie Gemeinwohl-  
217 aufgaben bewältigt, die seit Jahren liegen bleiben.

218 Makroökonomisch wirkt eine Jobgarantie erheblich stabilisierend auf eine Volkswirtschaft. Sie kann in Zeiten des  
219 wirtschaftlichen Abschwungs die Binnennachfrage effektiv stabilisieren, sozialen Problemen vorbeugen und verhin-  
220 dern, das Produktionslücken auftreten. Außerdem stellt sie einen effektiven Umverteilungsmechanismus zwischen  
221 reicheren und schwächeren Regionen innerhalb der Bundesrepublik dar und kann damit wirtschaftliche Angleichung  
222 befördern.

223

224 **Wir fordern**

- 225 • Die Einführung einer staatlichen Jobgarantie in Form eines Rechtsanspruchs für alle hier Wohnenden
- 226 • Die Entlohnung zum jeweiligen Tariflohn bzw. einem fairen, armutsfesten Mindestlohn
- 227 • Die lokale Organisation durch Gemeinden zur Schaffung von Beschäftigung in Bereichen der lokalen Daseins-  
228 vorsorge im weitesten Sinn
- 229 • Die Finanzierung des Programms über die Bundesebene